

Die Linke BTW 2025

Zitate aus dem Parteiprogramm:

https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01.pdf

Familiennachzug / Sprachnachweis / Visa

Wir setzen uns für eine umfassende Visaliberalisierung sowie für ein offenes und solidarisches Einwanderungsrecht ein, das sich nicht mehr am Maßstab Herkunft oder ökonomische Verwertbarkeit orientiert, sondern Teilhabe und Partizipation für alle ermöglicht. Auch Migration aus sozialen und wirtschaftlichen Motiven ist ein legitimes individuelles Bedürfnis. Bei der weiteren Ausgestaltung der Einwanderungsregeln im Aufenthaltsgesetz drängen wir vor allem auf Verbesserungen aus menschenrechtlicher Perspektive, bspw. bei Regeln zum Familiennachzug. Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten, die vor allem der Abschottung Europas und erleichterten Abschiebungen dienen sollen, lehnen wir ab.

Staatsangehörigkeit / Staatsbürger:innenschaft

Die Linke tritt für ein Wahlrecht auf allen Ebenen auch für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ein, die sich seit mindestens fünf Jahren in Deutschland aufhalten.

Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle langfristig in Deutschland lebenden Menschen. Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Es ist gut, dass die Einbürgerungsreform Mehrstaatlichkeit generell zulässt, aber die hohen Einkommenshürden wurden verschärft. Wir wollen, dass die Einbürgerung nicht mehr vom Geldbeutel abhängt. Nach fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik soll jeder einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben. Wir fordern Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen ohne Aufenthaltsstatus und effektive Bleiberechtsregelungen für Menschen, die mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus oder mit Kettenduldungen leben müssen.

Mehrsprachigkeit / Bildung

Wir setzen uns für die Stärkung von Kompetenzen in den Kita-Teams, eine alltagsintegrierte Sprachbildung und die Förderung von Mehrsprachigkeit ein.

Mobile Arbeitsrechtsberatung in Muttersprachen muss dauerhaft finanziert werden.

Sprachkompetenzen stärken: Wir wollen ein Bundesprogramm auflegen, das die Aus-, Fort- und Weiterbildungen von Lehrkräften für Deutsch als Zweitsprache sowie Sprach- und Alphabetisierungskurse auch für die Eltern und Geschwister von migrantischen Kindern ermöglicht. Wir wollen das Angebot zum Spracherwerb an Schulen erweitern und fordern, dass Herkunftssprachen in Schulen auch als Erst- oder Zweitsprache anerkannt werden.

Das deutsche Bildungssystem ist ungerecht. Kinder aus nicht akademischen Haushalten, die meist nur über ein geringes Einkommen verfügen, haben einen schlechteren Zugang zu guter Bildung.

*Wir wollen Bildung, die es Schüler*innen ermöglicht, kritisch und mündig durch die Welt zu gehen, und sie dazu befähigt, ihre Potenziale zu entfalten und damit zu einer besseren Gesellschaft beizutragen.*

Rassismus

Die Linke steht für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Pass, Herkunft, Hautfarbe, kultureller oder religiöser Zugehörigkeit die gleichen Rechte und Chancen haben. Wir kämpfen gegen Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischen Rassismus, Anti-Schwarzen Rassismus sowie jede andere Form von Rassismus und für ein Ende von struktureller wie auch institutioneller Diskriminierung. Ausschlüsse durchziehen alle Lebensbereiche, insbesondere unser Bildungssystem, den Arbeits- und Wohnmarkt sowie die öffentliche Verwaltung. Jeder Mensch muss vollen Zugang zu sozialen, politischen und kulturellen Rechten erhalten. Unsere Vision ist eine gerechte und offene Gesellschaft, in der gleiche Teilhabe selbstverständlich ist.

*Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja muss wirksam bekämpft werden. Dafür brauchen wir auch künftig auf Bundesebene eine*n Beauftragten für den Kampf gegen Antiziganismus. Die Verbrechen gegen die Sinti*zze und Rom*nja müssen angemessen in der Gedenkkultur berücksichtigt werden. Die Aufarbeitung der „zweiten Verfolgung“ der Sinti*zze und Rom*nja nach 1945 muss endlich beginnen.*

Wir wollen ein Bundespartizipationsgesetz, um Menschen mit Migrationsgeschichte besser einzubeziehen und mehr in der Gesellschaft zu repräsentieren. Dazu gehören eine Quote, um den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der öffentlichen Verwaltung entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen, und ein Partizipationsrat, der in wichtige Entscheidungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik einbezogen wird. Migrantische Selbstorganisationen müssen im Partizipationsrat vertreten sein.

Damit gleiche Teilhabe nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern in allen Lebensbereichen möglich wird, soll es Quoten für von Diskriminierung betroffene Personengruppen wie Menschen mit Migrationsgeschichte und von Rassismus Betroffene auch auf dem privaten Arbeitsmarkt, in der Politik, in Kultur und Medien sowie in allen öffentlich geförderten Einrichtungen geben.

Antirassismus ins Gesetz: Es braucht eine klare Arbeitsdefinition von institutionellem und strukturellem Rassismus.

Antidiskriminierung

*Zudem fordern wir eine grundlegende Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), die insbesondere die Klagefristen verlängert, ein Verbandsklagerecht vorsieht, die Diskriminierungsformen „Staatsangehörigkeit“, „Aufenthaltsstatus“, „familiärer Status“ und „sozialer Status“ umfasst und auch staatliches Handeln einbezieht. Eine*r Antirassismusbeauftragte*r muss es auch weiterhin geben. Es braucht zudem ein gesetzliches Verbot rassistischer Polizeikontrollen („Racial Profiling“) und die Abschaffung von anlasslosen polizeilichen Kontrollbefugnissen sowie verpflichtende Antidiskriminierungsschulungen im gesamten öffentlichen Dienst. Die Zuständigkeit für Migration und Integration muss dem Bundesinnenministerium entzogen werden. Wir fordern ein Bundesministerium für Migration und Partizipation. In Artikel 3 des Grundgesetzes soll eine Schutz- und Förderklausel für von rassistischer Diskriminierung Betroffene eingefügt werden.*

*Wir fordern die Schaffung eine*s Beauftragten für muslimisches Leben und Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus.*

*Wir verteidigen jüdische Menschen, Muslim*innen und alle anderen religiösen Minderheiten, wenn sie wegen ihrer Religion diskriminiert werden.*

Im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus fordern wir einen Beauftragten für muslimisches Leben. Wir fordern die Einführung staatlich geschützter Feiertage für jüdische und muslimische Religionsgemeinschaften.

Wir wollen ein Bundespartizipationsgesetz, um Menschen mit Migrationsgeschichte besser einzubeziehen und mehr in der Gesellschaft zu repräsentieren. Dazu gehören eine Quote, um den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der öffentlichen Verwaltung entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen, und ein Partizipationsrat, der in wichtige Entscheidungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik einbezogen wird. Migrantische Selbstorganisationen müssen im Partizipationsrat vertreten sein.

Damit gleiche Teilhabe nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern in allen Lebensbereichen möglich wird, soll es Quoten für von Diskriminierung betroffene Personengruppen wie Menschen mit Migrationsgeschichte und von Rassismus Betroffene auch auf dem privaten Arbeitsmarkt, in der Politik, in Kultur und Medien sowie in allen öffentlich geförderten Einrichtungen geben

Kindergrundsicherung / Armut

Damit niemand sich zwischen einer warmen Mahlzeit und einer warmen Wohnung entscheiden muss. Wir wollen mehr Geld für die, die immer zu kurz kommen – allen voran Kinder und Familien. Deshalb kämpfen wir weiter für eine echte Kindergrundsicherung.

Den Mindestbetrag beim Elterngeld wollen wir auf 420 Euro anheben. Mindest- und Höchstbetrag sollen an die Entwicklung des allgemeinen Verbraucherpreisindex gekoppelt werden. Bis zur Einführung einer Kindergrundsicherung soll das Mindest-Elterngeld nicht auf Bürgergeld und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angerechnet werden.

Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, wollen wir eine eigenständige Kindergrundsicherung einführen, von der alle Kinder und Jugendlichen profitieren. Sie bündelt vier soziale Leistungen: 1.

Kindergeld für alle Kinder in Höhe von 350 Euro monatlich (unabhängig vom Einkommen der Eltern). Das Kindergeld darf nicht mehr auf das Bürgergeld angerechnet werden.

2. Kinderzuschlag für Kinder, die in Armut leben (altersgestaffelt bis zu maximal 379 Euro monatlich).

3. Tatsächliche Unterkunftskosten (anteilig). 4. Einmalige und besondere Bedarfe (z. B. Klassenfahrten, Umzugskosten o. Ä.). Neben der Kindergrundsicherung wollen wir Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen Voraussetzungen für ihr Leben schaffen